

Jahr 2000 rapide zu. Hier überließen die USA ihren Konkurrenten aus Japan und Europa den Markt. (2) Ferner gingen den Amerikanern billige Importe aus China verloren, wodurch vor allem die amerikanischen Konsumenten geschädigt würden. (3) Auch die amerikanischen Investitionen könnten beeinträchtigt werden. Bisher hätten 1.309 US-Unternehmen eine Gesamtsumme von 4,36 Mrd.US\$ in China investiert. (4) Nicht zuletzt auch werde Hongkong unter dem Rückgang des amerikanisch-chinesischen Handels leiden, über dessen Gebiet ja ein Großteil des chinesisch-amerikanischen Transitvolumens verlaufe (RMRB, 13.7.91).

Die Abstimmung sei im übrigen eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas" (XNA, 12.7.91).

Der MB-Status sei ein "Eckstein der sino-amerikanischen Beziehungen" (RMRB, 15.7.91). Leider sei die alljährliche Diskussion um den MB-Status Chinas zu einer "ständigen Waffe" (changbei wuqi) der USA gegen China geworden (RMRB, 15.7.91). Man täusche sich jedoch nicht: China gehe keinen Handel "MB gegen Prinzipien" ein. Vor allem könne eine solche Entscheidung keinen Einfluß auf das Tempo oder das Ausmaß der Reformen haben. China lasse sich nicht "strafen".

Hoffnung konnte Beijing jetzt nur noch auf den Senat setzen, der bereits im Vorjahr gegen das Votum des Repräsentantenhauses gestimmt hatte.

Es zeigte sich erneut, daß die beiden Häuser des Kongresses in der China-Frage tief gespalten sind; denn nach einer Debatte von eineinhalb Tagen beschloß der Senat mit 55:44 Stimmen, daß die Meistbegünstigung für China ab Juni 1992 nur dann aberkannt werden solle, falls die Volksrepublik während der nächsten 12 Monate gewisse Bedingungen nicht erfüllt. Zu diesen Bedingungen gehörten die Aufnahme Taiwans in das GATT, die Teilnahme Beijings an einem globalen Vertrag zur Nichtweiterlieferung gewisser Waffen und die Nichtlieferung von Gütern, die in chinesischen Gefängnissen hergestellt werden (SCMP, 20.7.91). Auch die Menschenrechtsfrage wurde hier angesprochen.

Der Präsident hat nach amerikanischer Verfassung das Recht, gegen Beschlüsse des Kongresses ein Veto einzulegen,

woraufhin in beiden Häusern mehr als zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, um dieses Veto zu überstimmen.

Bush machte von diesem Vetorecht keinen Gebrauch, sondern verlängerte den MB-Status am 23.Juli 1991. Beijing begrüßte diese Maßnahme, bedauerte aber, daß Bush gleichzeitig einen Beschluß bekanntgegeben habe, demzufolge der Export von Satellitenteilen nach China reduziert werde. Diese Maßnahme treffe vor allem Chinas Wetterforschungseinrichtungen, die - angesichts der gewaltigen Unwetter in den vorangegangenen Wochen - für China ganz besonders unentbehrlich seien (XNA, 25.7.91).

Der Schwarze Peter liegt also jetzt wieder bei der VR China.

Das Abstimmungsergebnis von Washington scheint die Behörden in China nachdenklich gemacht zu haben. Zum ersten Mal ließen sie nämlich wenige Tage nach der Abstimmung die erste Gruppe ausländischer Menschenrechtsvertreter in die Volksrepublik einreisen. Die Teilnehmer dieser Gruppe zeigten sich beeindruckt, da die Behörden mehr Informationen gegeben hätten als erwartet. Der Delegation wurde u.a. der Zutritt zum größten Gefängnis Beijings gewährt (IHT, 13./14.7.91).

Am 15.Juli wurden ferner zwei Dissidenten freigelassen, die in Hengyang 5 Monate lang eingesperrt gewesen waren. Diese Maßnahme erfolgte, nachdem der ehemalige US-Präsident Carter sich für sie eingesetzt hatte (SCMP, 19.7.91). -we-

Innenpolitik

* (8)

Deng Xiaoping: Künftige Unruhen müssen sofort unterdrückt werden

Einem Artikel des Beijinger Korrespondenten der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge soll Deng Xiaoping in einem Gespräch mit dem ZK-Generalsekretär Jiang Zemin geordert haben, künftige Unruhen ohne Verzögerung im Keim zu ersticken. Die Unterredung soll vor der Moskauer

Reise von Jiang Zemin (15.-19.5.1991) stattgefunden haben. Die entsprechende Gesprächspassage wird in *Zhengming* wie folgt zitiert:

"Deng: Was sollte unternommen werden, wenn noch einmal Unruhen ausbrechen?"

Jiang Zemin: 'Dann wird der Ständige Ausschuß [des Politbüros des ZK der KPCh] kollektiv über Gegenmaßnahmen beraten.'

Deng Xiaoping: 'Sie müssen sofort unterdrückt werden! Je später [wir dagegen vorgehen], desto größer wird ihr Ausmaß und desto schwieriger wird es sein, die Ordnung wiederherzustellen... Was soll denn unternommen werden, wenn der Ständige Ausschuß kollektiv berät, und es dann wieder zu Meinungsverschiedenheiten kommt? Zunächst muß die Armee eingesetzt werden, und erst dann erfolgt das politische Zeremoniell!'" (Luo Bing in: *Zhengming*, Juni 1991, S. 8) -sch-

* (9)

Informelle Rangfolge der politischen Führung

Aus den in der *Volkszeitung* seit der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 veröffentlichten Namenslisten von Teilnehmern an politischen Großveranstaltungen oder an Trauerfeiern konnte die folgende informelle Rangfolge innerhalb der politischen Führung ermittelt werden:

PB = Politbüro

PB/SA-M = Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh

ZBK = Zentrale Beraterkommission
ZBK/SA-M = Mitglied des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission

Politbüro-Ebene

(Politbüro-Mitglieder, stellvertretende Ministerpräsidenten und Revolutionsveteranen)

Führungskern

1) Jiang Zemin (1926, ZK-Generalsekretär, Vorsitzender der ZK-Militärkommission, PB/SA-M)

CHINA aktuell

- 2) Deng Xiaoping (1904)
- 3) Yang Shangkun (1907, PB-Mitglied, Staatspräsident und 1. stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission)
- 4) Li Peng (1928, PB/SA-M und Ministerpräsident)
- 5) Chen Yun (1905, ZBK-Vorsitzender)
- 6) Wan Li (1916, PB-Mitglied und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses)
- 7) Li Xiannian (1909, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes)
- 8) Peng Zhen (1902)
- [9] Deng Yingchao (1904), aufgrund schwerer Erkrankung politisch offensichtlich handlungsunfähig]
- [10] Nie Rongzhen (1899), aufgrund hohen Alters politisch offensichtlich handlungsunfähig]
- 11) Qiao Shi (1924, PB/SA-M, Mitglied des ZK-Sekretariats)
- 12) Yao Yilin (1917, PB/SA-M, stellvertretender Ministerpräsident)
- 13) Song Ping (1917, PB/SA-M)
- 14) Li Ruihuan (1934, PB/SA-M, Mitglied des ZK-Sekretariats)
- 15) Wang Zhen (1908, stellvertretender Staatspräsident)

Erweiterter Führungskern

(einschließlich der vorgenannten 15 Politiker)

- 16) Tian Jiyun (1929, PB-Mitglied, stellvertretender Ministerpräsident)
- 17) Li Tieying (1936, PB-Mitglied)
- 18) Li Ximing (1926, PB-Mitglied)
- 19) Wu Xueqian (1921, PB-Mitglied, stellvertretender Ministerpräsident)
- 20) Qin Jiwei (1914, PB-Mitglied, Mitglied der ZK-Militärkommission)
- 21) Yang Rudai (1926, PB-Mitglied)
- 22) Ding Guan'gen (1929, PB-Kandidat, Mitglied des ZK-Sekretariats)
- 23) Zou Jiahua (1926, stellvertretender Ministerpräsident, ZK-Mitglied)
- 24) Zhu Rongji (1928, stellvertretender Ministerpräsident, ZK-Kandidat)

Erweiterte Politbüro-Ebene

(Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission, stellvertretende Vorsitzende der ZK-

Militärkommission, Mitglieder des ZK-Sekretariats; einschließlich der vorgenannten 24 Politiker)

- 25) Bo Yibo (1908, stellvertretender ZBK-Vorsitzender)
- 26) Song Renqiong (1909, stellvertretender ZBK-Vorsitzender)
- 27) Liu Huaqing (1917, stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission)
- 28) Yang Baibing (1920, Generalsekretär der ZK-Militärkommission, Mitglied des ZK-Sekretariats)
- 29) Wen Jiabao (1942, Kandidat des ZK-Sekretariats)
- 30) Wang Ping (1907, ZBK/SA-M)
- 31) Wang Shoudao (1906, ZBK/SA-M)
- 32) Wu Xiuquan (1908, ZBK/SA-M)
- 33) Liu Lantao (1910, ZBK/SA-M)
- 34) Jiang Hua (1907, ZBK/SA-M)
- 35) Li Desheng (1916, ZBK/SA-M)
- 36) Yang Dezhi (1910, ZBK/SA-M)
- 37) Xiao Ke (1908, ZBK/SA-M)
- 38) Yu Qiuli (1914, ZBK/SA-M)
- [39] Song Shilun (1907, ZBK/SA-M, 1989 zuletzt öffentlich aufgetreten]
- 40) Zhang Jingfu (1914, ZBK/SA-M)
- [41] Zhang Aiping (1910, ZBK/SA-M), 1989 zuletzt öffentlich aufgetreten]
- 42) Lu Dingyi (1906, ZBK/SA-M)
- 43) Chen Pixian (1916, ZBK/SA-M)
- 44) Chen Xilian (1913, ZBK/SA-M)
- 45) Hu Qiaomu (1912, ZBK/SA-M)
- 46) Duan Junyi (1910, ZBK/SA-M)
- 47) Geng Biao (1909, ZBK/SA-M)
- 48) Ji Pengfei (1909, ZBK/SA-M)
- 49) Huang Hua (1913, ZBK/SA-M)
- 50) Kang Shi'en (1915, ZBK/SA-M)

Auffällig an dieser informellen Rangfolge ist, daß Zou Jiahua und Zhu Rongji, die im April 1991 zu stellvertretenden Ministerpräsidenten aufstiegen, bereits hinter dem Kandidaten des Politbüros, Ding Guan'gen, rangieren, d.h. dem Kreis des Politbüros zugeordnet werden, während Yang Baibing, der Halbbruder von Yang Shangkun, nach wie vor 'nur' zum Kreis des erweiterten Politbüros zählt. Die Liste zeigt im übrigen die machtpolitisch bedeutende Position der Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission. Schließlich wird die extreme Überalterung des informellen Führungszirkels deutlich. -sch-

*(10)

Eine orthodoxe Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas trug ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf der zentralen Festveranstaltung in Beijing am 1. Juli 1991 eine lange programmatische Rede vor (RMRB, 2.7.91; deutsch in BRU, 27/1991). Ihr Text stellt das Ergebnis kollektiver Beratungen innerhalb der politischen Führung dar und gibt deshalb offiziell Auskunft über den gegenwärtig gültigen Kurs der Parteiführung. Darüber hinaus können anhand des Redetextes Erkenntnisse über den Stand des politischen Macht- und Richtungskampfes zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der KPCh gewonnen werden.

Von besonderer aktueller Bedeutung ist der zweite Teil der Rede von Jiang Zemin mit dem Titel "Die feierlicher Mission der chinesischen Kommunisten in der gegenwärtigen Epoche". Hier werden die sozialistische Wirtschaft, Politik und Kultur "chinesischer Prägung" definiert und Rahmen für deren Entwicklung gesetzt.

I. Die "sozialistische Wirtschaft chinesischer Prägung"

Als "Hauptwiderspruch" der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft wird der "Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung und der zurückgebliebenen gesellschaftlichen Produktion" definiert. Daraus folgt, daß "alle Kräfte auf die Entwicklung der Produktivkräfte zu konzentrieren" sind. Überhaupt wird die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte als "die grundlegende Aufgabe des Sozialismus" definiert. Dies gelte es vor allem während des gegenwärtigen "Anfangsstadiums des Sozialismus" zu befolgen.

Freilich hat die Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen der "sozialistischen Wirtschaft chinesischer Prägung" zu erfolgen. Dies bedeutet, daß an dem "sozialistischen Gemeineigentum" als dem "Herzstück" der sozialistischen Wirtschaftsordnung festgehalten werden muß und an der "zentralen Stel-

lung der Gemeinwirtschaft nicht gerüttelt werden darf". Zwar soll eine "angemessene" Entwicklung "anderer Eigentumsformen" zugelassen und sogar "ermutigt" werden, doch darf dies nicht auf eine "Privatisierung" der Wirtschaft hinauslaufen, denn: "Wer an dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln rüttelt, der rüttelt an der ökonomischen Basis des Sozialismus." Deshalb muß im heutigen China "vor allem die sozialistische gemeineigene Wirtschaft konsolidiert und gestärkt werden". Gleichzeitig wird eine "angemessene" Entwicklung von Einzel- und Privatwirtschaft, von chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen in ausschließlich ausländischem Besitz als "nützliche Ergänzung" der sozialistischen Gemeinwirtschaft für "erforderlich" gehalten.

Als "Rückgrat der sozialistischen Wirtschaft" werden die großen und mittelgroßen staatlichen Betriebe bezeichnet, deren Zustand von "entscheidender Bedeutung" für die volkswirtschaftliche Entwicklung und für die "Festigung der sozialistischen Ordnung" sei. Deshalb sollen in diesen Unternehmen "die Rolle der Betriebsparteiorganisation als politischer Kern voll entfaltet und am System der [alleinigen] Verantwortlichkeit des Fabrikdirektors [für die Produktion] festgehalten werden".

Ein ähnlich widersprüchliches und konfliktträchtiges Konzept wird auch für den Bereich der Landwirtschaft vorgeschlagen: Auf der einen Seite soll das private Verantwortlichkeitssystem für die landwirtschaftliche Produktion "stabilisiert" werden, und auf der anderen Seite soll "die Kollektivwirtschaft schrittweise gestärkt werden".

Das sozialistische Wirtschaftssystem chinesischer Prägung wird als "sozialistische geplante Warenwirtschaft" charakterisiert, bei der die Planwirtschaft mit der Regulierung durch den Markt verbunden ist. Die "aktive Rolle der Marktregulierung" soll freilich "unter der Anleitung durch die staatlichen Gesetze und Verordnungen sowie durch den Staatsplan" erfolgen. Insofern "besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der sozialistischen Warenwirtschaft mit dem Gemeineigentum als Basis und der kapitalistischen Warenwirtschaft mit dem Privateigentum als Grundlage". Deshalb

"darf auf gar keinen Fall der Weg zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft beschränkt werden". Stattdessen sollen gleichzeitig "die positive Rolle der Marktregulierung entfaltet" und "die staatliche Planung und Verwaltung sowie die Globalsteuerung verstärkt und verbessert werden".

II. Die "sozialistische Politik chinesischer Prägung"

Zwar wird der "Klassenkampf" seit Dezember 1978 nicht mehr als der Hauptwiderspruch der chinesischen Gesellschaft definiert, doch er "besteht in einem bestimmten Umfang noch lange Zeit weiter und kann sich unter bestimmten Bedingungen wieder verschärfen". Seinen "konzentrierten Ausdruck" findet der heutige Klassenkampf in China "in dem Gegensatz zwischen bürgerlicher Liberalisierung und den Vier Grundprinzipien" (Festhalten an der Führung durch die KPCh, an der Diktatur des Proletariats, am sozialistischen Weg sowie am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen), und "im Kern" geht es dabei um "die politische Machtfrage". Dieser Klassenkampf steht in enger Verbindung mit dem Kampf zwischen nicht näher definierten "internationalen feindlichen Kräften" und den chinesischen Kommunisten für und gegen Infiltration, Umsturz und friedliche Evolution.

Um den Klassenkampf gegen in- und ausländische feindliche Kräfte erfolgreich führen zu können, muß an der "demokratischen Diktatur des Volkes", die "in ihrem Wesen eine Diktatur des Proletariats darstellt", unbedingt festgehalten werden. Die Führung der KPCh über alle staatliche Institutionen und politische Organisationen muß nicht nur beibehalten, sondern auch noch weiter intensiviert werden. Dementsprechend dürfen das westliche Mehrparteiensystem und der westliche Parlamentarismus in China "nicht praktiziert" werden.

III. Die "sozialistische Kultur chinesischer Prägung"

Im Bereich der Produktionsverhältnisse und im gesellschaftlichen Überbau wird die Existenz nicht näher definierter Probleme konstatiert, "die der Entwicklung der Produktivkräfte nicht entsprechen und die durch eine Vertiefung der Reform schrittweise gelöst

werden müssen". Hier geht es vor allem um die Bereiche Kultur und Ideologie, die in den vergangenen Jahren zugunsten "der Überbetonung der materiellen Zivilisation" vernachlässigt worden seien.

Wie willkürlich die chinesischen Kommunisten mit dem Begriff der "Vertiefung der Reform" umgehen, wird an den Maßnahmen deutlich, die im kulturellen und ideologischen Sektor ergriffen werden sollen. Sie haben inhaltlich nichts mit "Reform" zu tun, sondern eher mit orthodoxer Restauration:

- Die Kultur muß vom Marxismus-Leninismus und von den Mao-Zedong-Ideen angeleitet werden.
- Pluralismus in der Leitideologie ist nicht erlaubt.
- Die KPCh muß die Führung über alle ideologischen Aspekte ausüben.

Insgesamt gesehen gehen die programmatischen Aussagen in der Rede von Jiang Zemin zum 70. Jahrestag der Gründung der KPCh kaum über das Konzept des sanierten Sowjetmodells hinaus (siehe hierzu C.a., Mai 1991, S. 294 und 292). Im wirtschaftspolitischen Bereich liegt das Schwergewicht eindeutig auf der staatlichen Planung, der Stärkung der Gemeinwirtschaft und auf der prioritären Stärkung des staatlichen Industriesektors, und über der Landwirtschaft hängt das Damoklesschwert der "schrittweisen Stärkung der Kollektivwirtschaft". Von einer marktwirtschaftlich orientierten "Vertiefung der Reform" kann nach wie vor nicht die Rede sein. Insofern läßt die Rede auf eine sehr starke Stellung der Sowjetmodell-Sanierer schließen.

Allerdings haben auch die konservativen Reformkräfte einige wenige ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen in das Dokument einbringen können, so daß sich ihre Gefolgsleute auf den lokalen Ebenen auf diese Passagen berufen können (z.B. auf die "angemessene" Entwicklung der Privatwirtschaft). Der Grundtenor der Rede läßt die konservativen Reformkräfte jedoch in einer defensiven Position im Bereich der Wirtschaftspolitik erscheinen.

Auf politisch-ideologischem Gebiet ziehen Sanierer und konservative Reformkräfte hingegen am gleichen Strang: Unmißverständlich läßt sich das starre Festhalten an der bestehenden KPCh-Diktatur nicht formulieren. -sch-

***(11)
Shanghai Parteichef fordert "Befreiung des Denkens"**

Der Shanghai Parteisekretär Wu Bangguo hielt am 29. Juni 1991 in Shanghai anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung der KPCh eine bemerkenswerte Rede. Der Text, der am 30. Juni von der Shanghai *Jiefang Ribao*, veröffentlicht wurde (engl. in SWB, 22.7.91), orientiert sich auf politisch-ideologischem Gebiet weitestgehend an dem in der Rede von Jiang Zemin dargelegten Kurs der Parteizentrale, doch zum Thema "Vertiefung der Reform und Öffnung" auf wirtschaftlichem Gebiet führt Wu einen Begriff wieder ein, der ursprünglich zwar auf Deng Xiaoping zurückgeht, aber in den zentralen Dokumenten zum 70. Parteigründungstag nicht enthalten ist: die "Befreiung des Denkens". Während in der Rede von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin dieser Begriff auch nicht einmal erwähnt wird, nennt ihn Wu Bangguo allein 10mal. Laut Wu ist die "Befreiung des Denkens" eine "neue Aufgabe" im Zusammenhang mit der Reform- und Öffnungspolitik, denn eine "Vertiefung der Reform und eine weitere Öffnung nach außen" seien nur möglich durch eine "weitere Befreiung des Denkens". Ziel der "Befreiung des Denkens" ist, so versichert der Nachfolger von Zhu Rongji in Shanghai, "die Selbstvervollkommnung und Entwicklung des sozialistischen Systems". Nach Darstellung von Wu Bangguo bedeutet die "Befreiung des Denkens", daß die "Fesseln der [alten] Gewohnheiten und Vorurteile bei der Untersuchung der neuen Lage und bei der Lösung der neuen Probleme unter der Anleitung durch den Marxismus zerbrochen werden müssen". Shanghai müsse sich bei der Belebung der großen und mittelgroßen staatlichen Unternehmen und bei der Entwicklung von Pudong "von Konventionen lösen", "neue Dinge mit neuen Methoden in Angriff nehmen" und überhaupt "mutig unseren eigenen Weg der Entwicklung gehen" [sic!].

Wu Bangguo ging zwar nicht auf konkrete Inhalte der von ihm geforderten "Befreiung des Denkens" ein, doch allein die offenkundige terminologische Dissonanz zum Dokument der Parteizentrale läßt auf tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen Beijing und Shanghai, sondern auch innerhalb der politischen Füh-

rung schließen, denn Wu Bangguo hätte diese Rede ohne einen starken Rückhalt innerhalb der KPCh-Führung mit Sicherheit nicht gehalten. Die "Befreiung des Denkens" war zuerst von Deng Xiaoping Ende der 70er Jahre gefordert worden, um eine Entdogmatisierung des Maoismus und eine Entmachtung der maoistischen Restfraktion herbeizuführen. Jetzt könnte sich die von Wu Bangguo geforderte "Befreiung des Denkens" gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten und gegen die Sowjetmodell-Sanierer richten.

***(12)
Zweite Ausgabe der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" erschienen**

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der KPCh sind die vier Bände der *Ausgewählten Werke von Mao Zedong* in der zweiten, leicht überarbeiteten Ausgabe erschienen. Der Inhalt, der die Reden und Schriften bis 1949 umfaßt, ist unverändert geblieben. Hinzugekommen ist lediglich ein Text mit dem Titel "Gegen die Buchgläubigkeit". Deng Xiaoping, der nach Maos Tod die Abkehr vom maoistischen Entwicklungsmodell einleitete, kalligraphierte den Buchtitel. Die *Volkszeitung* veröffentlichte am 1. Juli einen entsprechenden Bericht mit einem Mao-Photo auf der Seite 1. Am 3. Juli brachte das ZK-Organ hierzu einen Leitartikel mit dem Titel "An den Mao-Zedong-Ideen festhalten und die Mao-Zedong-Ideen weiterentwickeln".

Die Veröffentlichung einer zweiten Ausgabe der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" steht nicht nur im Zusammenhang mit der seit 1989 unter der Bevölkerung zu beobachtenden romantisch verklärten Erinnerung an die 'guten alten Zeiten' unter Mao, als die Kader noch nicht so korrupt waren wie heute, sondern sie ist auch ein Ergebnis der orthodoxen politisch-ideologischen Wende seit Mitte 1989. Innerhalb der politischen Führung haben sich in den letzten Monaten zunehmend orthodoxe Politiker wie Wang Zhen, Deng Liqun und He Dongchang zu Wort gemeldet, die eine positive Neubewertung von wesentlichen Elementen des maoistischen Entwicklungskonzepts fordern. Dabei wurden u.a. folgende Punkte genannt:

- Kampagnen zur Kritik an der Bourgeoisie;
- Umerziehung der Intellektuellen durch Teilnahme an der körperlichen Arbeit auf dem Land und in der Industrie;
- Verschickung der Jugendlichen mit Mittelschulbildung aufs Land;
- Unterstützung aller "gerechten Kämpfe" gegen Imperialismus und für nationale Befreiung. (Yu Qing in *Zhengming*, Juli 1991, S. 26-27)

***(13)
Dengs militärische Theorien**

Mit Blick auf den Jahrestag der Volksbefreiungsarmee (1. August) ist vom Volksverlag der Provinz Jiangxi ein Buch mit dem Titel *Deng Xiaopings moderne Militärtheorien und -praxis* veröffentlicht worden. Die "kollektive Natur" des Werkes wird dadurch verdeutlicht, daß u.a. Yang Shangkun, Jiang Zemin, Liu Huaqing und Qin Jiwei Losungen zu diesem Buch verfaßt haben. Wang Chengbin, Kommandeur der Militärregion Beijing, ist der offizielle Herausgeber des Werkes, das sich ausführlich mit dem Verhältnis von Deng Xiaopings Militärtheorien gegenüber dem militärischen Denken Mao Zedongs befaßt. Ziel des Buches sei es, "die Fähigkeit zu militärischem Denken zu erhöhen, das theoretische Wissen verstärkt zu fördern und die Gesetze militärischen Handelns zu meistern". Diese Aufgaben seien "im Lichte der gegenwärtigen komplizierten und sich verändernden internationalen Situation" von großer Bedeutung. (SWB, 29.7.91) -ma-

***(14)
"Exzessives Wachstum" der Minderheiten**

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1990 haben die chinesischen Minderheiten insgesamt eine Bevölkerungszahl von 91,2 Millionen erreicht. Seit 1982 lag ihr Wachstum rd. ein Viertel oberhalb des Wachstums der Han-Bevölkerung. In absoluten Zahlen belief sich der durchschnittliche jährliche Zuwachs auf 2,99 Millionen Personen. Im Zeitraum 1964-82 betrug er 1,52 Millionen Personen, im Zeitraum 1953-64 420.000 Personen. Die Zahl der Minderheiten mit mehr als einer Million erhöhte sich im Zeitraum

1982-90 von 15 auf 18, wobei die Zhuang-Minderheit und die Man-Minderheit mit 15 Millionen bzw. knapp 10 Millionen die größten sind. "Das exzessiv schnelle Wachstum der Minderheiten-Bevölkerung hat die Aufmerksamkeit der zentralen und der örtlichen Behörden in den Minderheiten-Gebieten erregt, weil die Tatsachen in der Entwicklung moderner Gesellschaften immer wieder gezeigt haben, daß ein exzessiv schnelles Bevölkerungswachstum, insbesondere in unterentwickelten Ländern und Gebieten, unvermeidlich starken Druck und Schwierigkeiten für die sozio-ökonomische Entwicklung mit sich bringt." Nach Ansicht der zuständigen Behörden dürfen die Minderheiten "nicht länger dem alten Kurs eines hohen Bevölkerungswachstums folgen". Sie sollten statt dessen das "moderne demographische Modell einer niedrigen Geburtenrate, einer niedrigen Todesrate und einer niedrigen Wachstumsrate" anstreben. Nur unter diesen Voraussetzungen seien die folgenden Aspekte zu verwirklichen: "Die Wirtschaft entwickeln, das Pro-Kopf-Einkommen erhöhen, die Qualität des materiellen und kulturellen Lebens der Bevölkerung verbessern, die sozialistische Erziehung entwickeln, das Analphabetentum unter jungen Menschen und Menschen mittleren Alters auslöschen, die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der gesamten Arbeitsbevölkerung verbessern, das Gesundheitswesen entwickeln, das Vorkommen verschiedener Krankheiten verringern und die Lebenserwartung der Bevölkerung erhöhen." Gegenwärtig trage das hohe Bevölkerungswachstum wesentlich zu den nachteiligen Bedingungen in den Minderheitengebieten bei. "Weite Armutgebiete finden sich in den meisten Regionen, die in unserem Land von nationalen Minderheiten bewohnt werden. Dort müssen Bevölkerung, wirtschaftliche Entwicklung und Erziehung miteinander in Einklang gebracht werden ... Deshalb ist ein Ausgleich zwischen diesen drei Faktoren und die Bildung eines vorteilhaften Kreislaufs eine dringliche und wichtige Aufgabe im Verlaufe der Erfüllung des 10-Jahres-Programms und des 8.Fünfjahresplans." Die größten Erfolge in dieser Richtung seien im Gebiet der koreanischen Minderheit erzielt worden. "Die koreanische Nationalität hat die Führung unter den 55 Minderheiten bei der Harmonisierung von Bevölkerung, Erziehung und wirtschaftlichem

Wachstum übernommen. Zwischen 1953 und 1990 erhöhte sich die Bevölkerung um 71,4%, was 23,9% niedriger als die nationale Rate war. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstumsrate lag bei 1,5%, was niedriger war als die nationale Rate von 1,8%." Von seiten der Behörden werden die Erfolge nicht zuletzt auf das relativ hohe Erziehungsniveau der koreanischen Minderheit zurückgeführt. So unterzogen sich 1987 44,1 Personen von jeweils 1.000 einer Tertiärerziehung. Der Anteil für Gesamtchina lag bei 10,8 Personen und der für die anderen Minderheiten bei 6,0 Personen. Gleichzeitig belief sich der Anteil der Analphabeten unter allen Personen über 12 Jahre auf nur 7,2% (Fang-Nationalität 24,6%, tibetische Minderheit 71,6%). (SWB, 15.7.91) -ma-

Kultur

* (15) Mehr Mittel für Forschung?

Nach Ansicht chinesischer Fachleute sind die Ziele der chinesischen Forschungs- und Entwicklungspolitik der neunziger Jahre zur Zeit stark in Frage gestellt. Unter der Überschrift "Chinas Wissenschaft und Technologie stehen in den neunziger Jahren schwere Prüfungen bevor" heißt es in einem Überblicksartikel der *Zhongguo Xinwen She*, daß die gegenwärtige Tendenz, die finanziellen Zuweisungen für die wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung zu reduzieren, unbedingt gebremst werden müsse. Zur Zeit wendet China nur 0,7% seines Bruttosozialprodukts für diesen Bereich auf, eine Größenordnung, die weit unter dem Weltdurchschnitt und auch unter dem Durchschnitt der wichtigen Entwicklungsländer liegt. Ferner habe der bedauernde Zustand der Forschungsinstitutionen des Landes dazu beigetragen, "daß eine große Zahl von Forschern das Land verlassen oder einen Berufswechsel vorgenommen hat". Diese Situation lasse sich nur ändern, wenn die Forschungseinrichtungen besser ausgestattet werden und die Einkommenslage der Forscher deutlich verbessert werde. (SWB, 25.7.91) -ma-

* (16) Ideologisches Lehrmaterial

Nach Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Mingbao* wird der Verlag für Volkserziehung im Rahmen des obligatorischen ideologischen Lehrmaterials der Kommunistischen Partei Chinas demnächst ein Unterrichtsbuch veröffentlichen, dessen Inhalt von der Zeitschrift als "linksextrem" eingestuft wird. Das Werk ist unter Leitung Deng Liquns zusammengestellt worden, um "die Erziehung für die gegenwärtigen Bedingungen Chinas zu verbessern". Inhalt des Werkes, das unter dem Titel *Geschichte der Volksrepublik* steht, ist eine positive Neubewertung des Großen Sprungs und der Kulturrevolution. In dem Kapitel "Die drei großen Banner wehen in Chinas weitem Land" heißt es, der Große Sprung habe wesentlich zum Aufbau eines modernen Industriesystems in China beigetragen. Das Kapitel "Kulturrevolution" rechtfertigt - vor allem mit Blick auf die Ereignisse in Osteuropa und in der Sowjetunion - "die Notwendigkeit der großen Kulturrevolution". Mao Zedong habe die kulturrevolutionäre Politik eingeleitet, um "den Revisionismus zu bekämpfen und zu verhindern". Dies zeige seine Brillanz. (SWB, 18.7.91) -ma-

* (17) Akademisches Niveau sinkt

"Das akademische Niveau der Postgraduierten sinkt, und immer weniger Leute sind gewillt, für einen Doktorgrad zu studieren." Ferner bereitet der hohe Altersdurchschnitt der Tutoren für die Doktoranden große Probleme. Dies sind die Grundaussagen zweier früherer Präsidenten der berühmten chinesischen Fudan-Universität. Zwar habe die Universität seit 1983, "als China das System der akademischen Grade einführt", annähernd 200 Dokortitel verliehen, aber "das besorgniserregende Problem ist, daß die Qualität der Postgraduierten abnimmt, da viele junge Leute sich dem Trend anschließen, ins Ausland zu gehen oder Geschäfte zu betreiben". Die meisten der Tutoren für die Doktoranden sind heute älter als 60 Jahre, "was sehr ungünstig für den akademischen Aufbau und die wissenschaftliche Forschung ist". (SWB, 6.7.91) -ma-